

Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1988 unter besonderer Berücksichtigung politischer Sachfragen

Hans Rattinger

Ziel des Aufsatzes ist die Ermittlung der Bestimmungsfaktoren der Stimmabgabe bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom November 1988 anhand von Vorwahllumfragen. Diese Bestimmungsfaktoren werden im Zusammenspiel zwischen der Parteibindung der Wähler und ihrer Orientierung an politischen Sachfragen und gegenüber den Kandidatenpersönlichkeiten gesucht. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem relativen Gewicht von Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik bzw. zu innenpolitischen Problemen für die Wahlentscheidung. Die Ergebnisse der Datenanalyse zeigen, daß in den letzten Wochen des Wahlkampfes die Übereinstimmung mit von Dukakis vertretenen inhaltlichen Positionen ebenso deutlich abnahm wie das Vertrauen in seine Problemlösungskompetenz. Diese Verschiebungen im Einstellungsbe- reich hatten einen von der Parteidentifikation unabhängigen starken Einfluß auf die Wahlabsichten und trugen damit zur Niederlage des Kandidaten der Demokraten bei. Bei dem Versuch der Gewichtung der Bedeutung von außen- bzw. innenpolitischen Einstellungen für die Wahlentscheidung ergibt sich, daß beide Einstellungsbereiche so stark miteinander zusammenhängen, daß eine einfache Trennung der Effekte unmöglich ist. Daraus werden Folgerungen für die weitere Forschung abgeleitet.

1. Einleitung

Ziel dieses Aufsatzes ist die Ermittlung der Bestimmungsfaktoren der Stimmabgabe für das Amt des Präsidenten bei den Wahlen in den USA am 8.11.1988. Die amerikanischen Wähler entscheiden gleichzeitig mit der Präsidentenwahl über viele Ämter auf der Ebene des Bundes, des Einzelstaats, der County und der Gemeinde, ferner werden diverse Einzelreferenda durchgeführt. Alle derartigen simultanen Wahlentscheidungen bleiben hier unberücksichtigt. In Übereinstimmung mit dem wichtigsten Ansatz der Wahlsoziologie wird die Erklärung der Entscheidung zwischen Bush und Dukakis im Zusammenspiel zwischen der Parteibindung der Wähler und ihrer Orientierung an politischen Sachfragen und den Kandidatenpersönlichkeiten gesucht (Campbell 1960). Besondere Aufmerksamkeit wird der Rolle politischer Sachthemen gelten, vor allem dem relativen Gewicht von Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik bzw. zu innenpolitischen Problemen für die Wahlentscheidung.

Diese Schwerpunktsetzung hat drei Gründe, deren erster zwar zentral, aber nur technischer Natur ist: Die Datenbasis (s. dazu 2.) ist hierfür besonders geeignet. Die beiden inhaltlichen Gründe sind folgende: Seit den siebziger Jahren ist in der amerikanischen Wahlsoziologie von einer abnehmenden Rolle der Parteidentifikation und wachsen-

der Bedeutung der Orientierung an Sachfragen für die Wahlentscheidung die Rede (Rattinger 1980). Der „Changing American Voter“ (Nie u.a. 1976) wird viel stärker als in den klassischen Studien der fünfziger Jahre als durch Positionen und Kompetenzurteile hinsichtlich politischer Sachthemen beeinflusst gesehen im Vergleich zu affektiven Bindungen an die Parteien. Diese Verschiebung ist auch in anderen industriellen Demokratien feststellbar und wird vor allem auf die Ausweitung des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors und die Steigerung des Bildungsniveaus zurückgeführt. Der größeren sozialen Mobilität entspricht eine höhere politische „volatility“, weil die die Parteibindung stabilisierenden Faktoren bei höherer Mobilität an Bedeutung verlieren bzw. eher zueinander in Widerspruch geraten¹. Im Präsidentschaftswahlkampf 1988 wurden von den Kandidaten eine Fülle von außen- und innenpolitischen Problemkreisen aktualisiert. Deshalb ist es interessant, der Frage nachzugehen, welche Vorstellungen die Wähler dazu hatten, welche Positionen sie bezogen, wen sie für kompetenter hielten und wie sich dies alles auf ihre Wahlentscheidung auswirkte.

Für den weitergehenden Versuch, die Effekte von Einstellungen zu außen- bzw. innenpolitischen Sachfragen gegeneinander zu gewichten, spricht das innerhalb der Sozialwissenschaften gestiegene Interesse an dem ersteren Bereich. Im Anschluß an Almond (1950) wurde häufig davon ausgegangen, daß die meisten Amerikaner wenig an Außenpolitik interessiert sind und darüber wissen und ihre Aufmerksamkeit eher auf innenpolitische Themen konzentrieren, die unmittelbarere Folgen für ihr persönliches Leben und ihren Wohlstand haben. In dieser Sichtweise ist davon auszugehen, daß Erhebungen von Meinungen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen – von einem relativ kleinen Elitenpublikum abgesehen – vor allem Nicht-Einstellungen („non-attitudes“; Converse 1970; Bishop u. a. 1980) zutage fördern werden, die kaum verhaltensrelevant sein können. Dementsprechend konzentrieren sich Untersuchungen über die Bedeutung politischer Sachfragen für das Wahlverhalten häufig auf innenpolitische Themen (s. Asher 1988).

Kürzlich haben jedoch Aldrich, Sullivan und Borgida (1989) auf eine auffällige Paradoxie hingewiesen: Obwohl „herrschende Lehre“ sei, daß im Massenpublikum kaum kognitiv fundierte, kohärente und stabile Einstellungen zur Außenpolitik anzutreffen seien, betonen viele Kandidaten in ihren Wahlkämpfen genau diesen Politikbereich. Wären diese Themen wirklich unwichtig für das Publikum, wäre dies eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen. Dies führt die Autoren zu der Frage, ob die Kandidaten in der Tat ihren Tanz vor einem blinden Publikum aufführen („Do presidential candidates waltz before a blind audience?“). Gestützt auf Daten zu den Präsidentschaftswahlen 1980 und 1984 verneinen sie dies und folgern, daß die Kandidaten hinsichtlich ihrer Haltung zu außen- wie zu innenpolitischen Fragen von der Wählerschaft klar unterschieden werden konnten und ihre Positionen zu *beiden* Politikbereichen zusammen mit der Parteiidentifikation und der Kandidatenbewertung das Wahlverhalten bestimmten. Mit dieser Analyse reihen sich diese Autoren unter die „Revisionisten“ gegenüber Almonds Argumenten und Befunden ein. Dieser „Revisionismus“ hat eine zweite Hauptkomponente in Bemühungen zu demonstrieren, daß im Massenpublikum tatsächlich kognitiv abgesicherte und konsistente Einstellungsstrukturen zur Außenpolitik anzutreffen sind (s. vor allem Hurwitz/Peffley 1987a, 1987b; Graham 1988;

Shapiro/Page 1988; Munton 1989). Insofern ermöglicht die hier durchführbare Gegenüberstellung von außen- und sicherheitspolitischen bzw. innenpolitischen Einstellungskomplexen auch einen Beitrag zu dieser Kontroverse am Fall der letzten Präsidentschaftswahl.

Die folgenden Ausführungen gliedern sich in vier Teile. Im nächsten Abschnitt wird die Datenbasis vorgestellt. Danach wird untersucht, für wie wichtig die amerikanischen Wähler im Spätjahr 1988 verschiedene Politikfelder hielten, inwiefern sie eigene Meinungen dazu hatten und Positions- und Kompetenzunterschiede zwischen den Kandidaten sahen, alles zentrale Voraussetzungen für die Politisierung von politischen Einstellungen. Im nachfolgenden Hauptteil wird das Zusammenspiel von Parteiidentifikation und Sachfragenorientierungen als Determinanten der Wahlentscheidung analysiert. Hier wird der Frage nachgegangen, ob außen- und sicherheitspolitische Einstellungen sinnvollerweise von solchen zu innenpolitischen Problemen getrennt werden können und wie die relative Bedeutung dieser beiden Einstellungsbündel für das Wahlverhalten insgesamt und für einzelne Wählergruppen zu gewichten ist. Im letzten Teil wird schließlich der Effekt verschiedener Sachfragenorientierungen auf Konstanz bzw. Wechsel des Wahlverhaltens zwischen den Präsidentschaftswahlen 1984 und 1988 untersucht.

2. Datenmaterial

Die Daten für diesen Aufsatz stammen aus dem „Americans Talk Security“ (ATS)-Projekt. Im Rahmen dieses privat finanzierten Projekts wurden zwischen Oktober 1987 und Dezember 1988 zwölf Telefonumfragen bei jeweils rund 1 000 zufällig ausgewählten registrierten Wählern durchgeführt. Die Befragungen dauerten im Mittel 30 bis 40 Minuten und erhoben vor allem die Einstellungen der Probanden zu politischen Sachfragen unter besonderer Berücksichtigung der Außen- und Sicherheitspolitik². In den ATS-Studien Nr. 10 und 11 (Feldzeit 30. 9. bis 3. 10. bzw. 6. und 7. 11. 1988, hinfort als ATS10 und ATS11 bezeichnet) wurde ferner nach der Wahlabsicht für die Präsidentschaftswahl und nach der Stimmabgabe 1984 gefragt. Die Daten dieser beiden Studien sind die Grundlage der folgenden Auswertungen.

Drei Besonderheiten dieser Datenbasis sind zu beachten. Erstens ist dieser Aufsatz dadurch sekundäranalytisch angelegt. Untersuchungsdesign, Frageformulierungen etc. folgen nicht einer eigenen theoretischen Fragestellung, sondern sind als gegeben hinzunehmen. Zweitens wurden nur registrierte Wähler erfaßt. Im Mittel der Präsidentschaftswahlen 1972 bis 1984 waren 68,6 Prozent der Amerikaner in wahlberechtigtem Alter registriert³. 1988 dürfte dieser Prozentsatz in einer ähnlichen Größenordnung gelegen haben. Die registrierten Wähler sind keine Zufallsauswahl aus den Wahlberechtigten, sondern unterscheiden sich deutlich von denjenigen, die sich nicht registrieren, besonders nach Alter, Bildung und Schichtzugehörigkeit (Rattinger 1989: Tabelle 1). Deshalb gelten alle deskriptiven Aussagen dieses Aufsatzes nicht für die wahlberechtigten Amerikaner insgesamt, sondern eben nur für die registrierten Wähler. Da das Hauptinteresse hier nicht der Beschreibung von Meinungsverteilungen gilt, sondern den Determinanten der Wahlentscheidung, ist dies leicht zu verschmerzen. Eine Wahlentscheidung steht nur bei den registrierten Wählern an. Drittens ist hervorzuheben, daß die Daten aus Telefonumfragen stammen. Man könnte argumentieren, daß sich solche zur Erhebung von Einstellungen zu komplexeren Sachverhalten nicht so gut eignen, weil Zeitdruck herrscht und kompliziertere Antwortvorgaben nicht in Listenform vorgelegt werden können⁴. Es wäre deshalb sinnvoll, diese Untersuchung mit Daten aus persönlichen Interviews möglichst parallel replizieren zu können.

3. Kompetenzurteile der Wähler und ihre Positionen zu politischen Sachfragen

3.1. Kompetenzurteile

Politische Sachfragen werden üblicherweise in Valenz- und Positions-Sachfragen unterschieden, wobei die ersteren gesellschaftlich weitgehend unumstritten sind (z. B. Vollbeschäftigung) und über letztere Meinungsverschiedenheiten bestehen (Butler/Stokes 1969: Kapitel 8). Einstellungen dazu liegen dann vor, wenn die jeweilige Sachfrage erkannt wird und ein Wähler Unterschiede zwischen den Parteien oder Kandidaten hinsichtlich ihrer Problemlösungskompetenz (bei Valenz-Sachfragen) oder ihrer Nähe zu seinen eigenen Vorstellungen (bei Positions-Sachfragen) sieht. Überdies muß der jeweilige Problembereich eine gewisse persönliche Wichtigkeit haben, damit die Einstellungen einen Effekt auf das Wahlverhalten ausüben können (Campbell u. a. 1960: 170). In diesem und im folgenden Abschnitt werden wir uns mit dem Vorliegen dieser Bedingungen bei den amerikanischen Wählern befassen.

Vor der Wahl 1988 schrieben die Wähler politischen Sachfragen eine große Rolle für ihre Wahlentscheidung zu. In AT510 wie auch in AT511 wurde gefragt, wie wichtig außen- und sicherheitspolitische, wirtschaftliche, soziale Sachfragen und solche des Umweltschutzes seien „in helping you to decide which candidate to vote for“, wobei zwischen „unwichtig“, „etwas“, „sehr“ und „äußerst wichtig“ gewählt werden konnte. Da keine Rangordnung der Politikbereiche gefordert wurde, erhielten alle Sachbereiche hohe Wichtigkeitswerte von im Mittel „sehr wichtig“ und darüber. Im Durchschnitt beider Erhebungen stuften 96 Prozent der Befragten alle vier Bereiche nach ihrer Wichtigkeit für ihre Wahlentscheidung ein. Eine Reihenfolge ihrer Bedeutung läßt sich in der Vergabe der Skalenwerte erkennen. Im Mittel beider Studien erhielt von 68 Prozent Wirtschaftspolitik (allein oder zusammen mit gleich wichtigen Bereichen) die höchste Einstufung als wichtig, bei der Sozialpolitik waren es 65 Prozent, für Außen- und Sicherheitspolitik 60 und beim Umweltschutz 53 Prozent, was der Reihenfolge der Skalenmittelwerte entspricht.

In AT511 wurde dieselbe Frage auch für 26 Einzelthemen gestellt, die überwiegend als Valenz-Sachfragen bezeichnet werden können⁵. In *Tabelle 1* sind sie danach gruppiert, ob sie Beziehungen zur Sowjetunion und Rüstungskontrolle, sonstige außenpolitische Themen, ökonomische oder schließlich soziale Themen betreffen. Hierbei machten im Mittel nur 1.5 Prozent keine Angabe zur Wichtigkeit der jeweiligen Themen für ihr Wahlverhalten. Spitzenreiter in der Bedeutung waren das Anliegen, die USA aus einem Krieg herauszuhalten, die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels und das Haushaltsdefizit; Schlußlichter waren das „pledge of allegiance“-Thema, der Nahostkonflikt und die Politik gegenüber Südafrika. Erneut ist die Tendenz festzustellen, alles für wichtig zu erklären, wenn keine Rangordnung erzwungen wird: Das Gesamtmittel liegt oberhalb des Skalenwerts für „sehr wichtig“ (0.67). Themenweise gemittelt liegen wirtschaftliche Fragen an der Spitze, gefolgt von den Beziehungen zur Sowjetunion und der Rüstungskontrolle, sozialen und sonstigen außenpolitischen Themen. Insgesamt gesehen bezeichneten die allermeisten amerikanischen Wähler selbst also

politische Sachfragen als besonders wichtig für ihr Wahlverhalten, wobei wirtschafts- und innenpolitische Themen geringfügig höher eingestuft wurden als außenpolitische.

Tabelle 1: Häufigkeit und Richtung von Kompetenzurteilen über die Kandidaten hinsichtlich diverser politischer Sachfragen

„Please tell me whether you feel Bush or Dukakis would do a better job of handling that issue“	Wichtigkeit des Themas, Skalenwert (0 bis 1)	Einen Kompetenzunterschied sehen (%)			
		davon G. Bush		davon G. Bush	
		ATS10 kompetenter		ATS11 kompetenter	
<i>Beziehungen zur Sowjetunion und Rüstungskontrolle</i>					
Handling relations with USSR	0.71	81.2	71.9	89.0	76.4
Negotiating arms control	0.68	84.4	68.7	87.3	75.5
Maintaining strong defense	0.73	84.0	74.0	89.4	77.3
Guarding against USSR aggression	0.65	79.3	72.5	87.0	73.7
Keeping us out of war	0.80	76.8	52.8	83.6	55.9
Mittelwert	0.71	81.1	68.0	87.3	71.8
<i>Sonstige außenpolitische Themen</i>					
Dealing with Central America	0.60	79.8	56.6	85.8	67.3
Solving conflict in Middle East	0.47	67.2	59.5	80.0	67.4
Dealing with internat. terrorism	0.71	81.1	64.1	83.8	69.2
Dealing with internat. drug trade	0.79	77.2	45.7	84.0	49.1
Standing up to nations that practice unfair trade against U. S.	0.68	79.3	50.6	83.6	53.1
Persuading allies to pay for more of their own defense	0.71	74.6	44.9	81.7	53.9
U. S. policies toward South Africa	0.49	–	–	75.9	52.2
Mittelwert	0.64	76.5	53.6	82.1	58.9
<i>Wirtschaftliche Themen</i>					
Handling economic issues like inflation and unemployment	0.77	88.4	49.3	90.0	53.5
Eliminating waste and over-spending in the defense budget	0.77	80.6	37.0	88.2	44.8
Making U. S. more competitive in the world economy	0.72	81.8	57.2	90.0	59.9
Dealing with the budget deficit	0.78	–	–	87.8	54.8
Handling military spending	0.72	85.4	49.5	89.3	55.2
Holding down taxes	0.69	77.6	68.2	82.6	69.0
Mittelwert	0.74	82.8	52.2	88.0	56.2

Tabelle 1 (Fortsetzung)

„Please tell me whether you feel Bush or Dukakis would do a better job of handling that issue“	Wichtigkeit des Themas, Skalenwert (0 bis 1)	Einen Kompetenzunterschied sehen (%)			
		davon G. Bush		davon G. Bush	
		ATS10 kompetenter	ATS11 kompetenter		
<i>Soziale Themen</i>					
Handling homelessness and poverty	0.71	–	–	91.4	33.3
Handling education and health care	0.73	89.4	34.9	87.2	38.9
Dealing with crime	0.77	77.6	59.8	87.6	60.0
Requiring the pledge of allegiance to be said in all classrooms	0.40	–	–	80.6	73.6
Eliminating unfairness like racial discrimination	0.68	–	–	85.8	36.7
Protecting our natural environment	0.76	78.9	41.6	83.2	44.8
Ensuring that federal officials do not violate the law	0.77	71.7	39.8	80.3	47.7
Requiring death penalty for crimes involving murder	0.67	–	–	85.8	74.5
Mittelwert	0.69	79.4	44.1	85.2	51.1
Gesamtmittel	0.69	79.8	55.0	85.4	58.4

Wichtigkeit des Themas für die Wahlentscheidung (erste Spalte) wurde nur in ATS11 erhoben.

–: Nicht erhoben.

Weiterhin wurde gefragt, welcher der Kandidaten kompetenter für die Lösung des jeweiligen Problems sei. Für 20 der Einzelthemen war dies bereits in ATS10 erhoben worden, so daß die Entwicklung über die letzten fünfzehn Wochen des Wahlkampfes hinweg erfaßt werden kann. Schon Ende September/Anfang Oktober 1988 sahen im Mittel knapp 80 Prozent der Befragten Kompetenzunterschiede hinsichtlich dieser Fragen; unmittelbar vor der Wahl waren es über 85 Prozent. Dieser Wahlkampfeffekt läßt sich ziemlich gleichförmig über alle Einzelfragen hinweg feststellen. In beiden Zeitpunkten entspricht die Reihenfolge der Themenbereiche nach dem Bewußtsein über Kompetenzunterschiede derjenigen nach ihrer Wichtigkeit. Ganz oben stehen die ökonomischen, ganz unten die sonstigen außenpolitischen Themen. Dieser Abstand ist aber nicht dramatisch. In ATS11 sahen im Durchschnitt aller Einzelfragen mindestens drei Viertel der Befragten einen Kompetenzunterschied zwischen Bush und Dukakis. Bei einer großen Mehrzahl der Wähler bestanden gute Voraussetzungen dafür, derartige Wahrnehmungen in die Wahlentscheidung einfließen zu lassen.

Tabelle 1 zeigt einen weiteren Wahlkampfeffekt, nämlich das Abrutschen von Dukakis im Urteil der Wähler. Fünf Wochen vor der Wahl hielten im Mittel 55 Prozent Bush und 45 Prozent Dukakis für kompetent, in den zwei Tagen vor der Wahl hatte Bush seinen Vorsprung auf 58.4 gegenüber 41.6 Prozent ausgebaut. Bei jeder einzelnen Frage, die in beiden Studien erhoben wurde, nahmen die Kompetenzurteile für Bush zu und für Dukakis ab. In der ersten Erhebung wurde Dukakis bei acht Einzelfragen häu-

figer für kompetent gehalten. Bei dreien davon (Lastenverteilung mit den Alliierten, Inflation und Arbeitslosigkeit, Verteidigungshaushalt) hatte ihm in der zweiten Erhebung Bush den Kompetenzvorsprung abgenommen. Am stärksten führte Bush in der Kompetenz zu Fragen der Beziehungen zur Sowjetunion und der Rüstungskontrolle, gefolgt von sonstigen außenpolitischen Themen, der Wirtschaftspolitik und schließlich sozialen Themen. In den letzten Wochen des Wahlkampfes hielten die amerikanischen Wähler die in *Tabelle 1* aufgeführten politischen Sachfragen also für sehr wichtig für ihre Entscheidung, ihre Wahrnehmung von Kompetenzunterschieden zwischen den Kandidaten nahm weiter auf ein sehr hohes Niveau zu, und Bush konnte seinen Vorsprung im Rennen um positive Kompetenzurteile klar ausbauen.

3.2. Positionen zu politischen Sachfragen

Wenn Einstellungen zu Positions-Sachfragen in die Wahlentscheidung einfließen sollen, dann müssen Wähler selbst Meinungen zu den jeweiligen Themen haben und sie müssen Positionsunterschiede zwischen den Kandidaten perzipieren. *Tabelle 2* zeigt, daß die amerikanischen Wähler mit der ersten Voraussetzung keine Schwierigkeiten hatten: Im Durchschnitt beider Erhebungen gaben knapp 95 Prozent eigene Zustimmung bzw. Ablehnung zu den einzelnen Positionen an, die sich allerdings (entsprechend dem Schwerpunkt des ATS-Projekts) alle auf außen-, sicherheits- und rüstungspolitische Themen beziehen. Auch Positionsunterschiede zwischen den Kandidaten wurden von einer großen Mehrheit gesehen, wobei wiederum ein Wahlkampfeffekt dergestalt sichtbar ist, daß ihr Anteil von ATS10 nach ATS11 deutlich zunahm. Unmittelbar vor der Wahl erfüllten damit im Mittel der einzelnen Fragen über drei Viertel der Befragten beide Bedingungen, eine eigene Position zu haben und einen Positionsunterschied zwischen Bush und Dukakis zu sehen. Spitzenreiter in der Klarheit der Polarisierung dieser Sachfragen für die Wählerschaft waren die Vorstellung, „peace through strength“ anzustreben, die gleichgewichtige Betonung von militärischer und ökonomischer Stärke der USA sowie die Notwendigkeit, neue Rüstungsprogramme nur selektiv zu realisieren.

Ein weiterer Wahlkampfeffekt zeigt sich daran, daß der Anteil der Wähler, die Bush zugeschriebene Positionen einnahmen, über die letzten fünf Wochen vor der Wahl hinweg etwas anstieg, allerdings weniger deutlich als sein Kompetenzvorsprung. Bei den 16 sowohl in ATS10 wie auch in ATS11 gestellten Fragen ging der Anteil derjenigen, welche der Bush zugeschriebenen Position zuneigten, in elf Fällen nach oben (um im Mittel 3.8 Prozentpunkte), nur bei fünf Fragen sank er ab (um im Mittel 2.1 Prozentpunkte). Nur bei sechs Themen aus der in ATS11 vorgelegten Batterie von 22 Themen war die Dukakis zugeschriebene Position die Mehrheitsmeinung; Anfang Oktober war das noch bei acht von 18 Fragen der Fall⁶. Diese Ergebnisse verdeutlichen, daß die Bedingungen für die Orientierung der Wahlentscheidung an politischen Sachfragen 1988 bei einer beträchtlichen Mehrzahl der amerikanischen Wähler erfüllt waren, sie zeigen aber auch eine der zentralen Ursachen des Mißerfolgs von Dukakis auf: Während des Wahlkampfes sank sowohl das Vertrauen in seine Problemlösungskompetenz wie auch die Zustimmung zu seinen programmatischen Aussagen.

Tabelle 2: Häufigkeit und Richtung der Perzeption von Positionsunterschieden zwischen den Kandidaten hinsichtlich diverser politischer Sachfragen (alle Angaben in Prozent)

„Please tell me whether you strongly/somewhat approve/disapprove of that position ... Please tell me which candidate holds each position“	Mit eigener Position		Positionsunterschied zwischen Kandidaten sehen		Eigene Position und Perzeption Positionsunterschied		Davon mit Republikanern zugeschriebener Position	
	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11
<i>Beziehungen zur Sowjetunion und Rüstungskontrolle</i>								
Negotiate with the USSR to cut nuclear arsenals in half	96.6	95.6	66.0	73.9	64.2	72.2	62.6	61.4
Cooperate with USSR in joint economic ventures	96.8	97.6	66.8	72.1	66.2	71.0	58.9	60.7
Seek to make progress with USSR, but proceed cautiously	97.0	98.2	71.8	78.0	71.0	76.5	66.2	69.9
Negotiate with USSR to „freeze“ nuclear weapons	96.2	96.4	69.0	74.3	67.4	72.0	53.7	59.3
Eliminate chemical and biological weapons	95.4	97.8	58.8	69.9	56.8	69.0	47.2	41.3
Negotiate with USSR to eliminate all nuclear weapons	96.9	86.8	74.2	76.3	72.4	74.5	56.8	56.1
Seek peace by maintaining high level of military strength	95.7	96.3	86.4	85.8	83.7	83.4	70.8	69.7
Quickly end cold war with USSR	95.1	96.1	71.5	77.9	68.9	75.6	47.4	51.2
Negotiate with USSR to reduce their conventional forces	94.5	95.3	78.7	78.7	77.2	76.3	48.2	51.9
Negotiate with USSR to stop testing nuclear weapons	93.5	97.6	78.1	77.9	74.8	77.1	50.8	51.4
Modernize U. S. nuclear arsenal before considering a „freeze“	-	91.7	-	83.6	-	79.7	-	54.7
No economic help to USSR	92.7	-	73.0	-	70.1	-	48.0	-
Mittelwert	95.5	95.4	72.2	77.1	71.9	75.2	55.5	57.1
<i>Sonstige außenpolitische Themen</i>								
Refuse to supply military hardware for freeing U. S. hostages	-	96.8	-	73.3	-	71.6	-	47.9
Give as much attention to U. S. economic as military strength	96.9	97.8	83.7	85.6	81.5	84.8	36.0	40.2
Renew and increase Contra aid	-	90.3	-	84.4	-	79.3	-	50.5
Refuse to negotiate with international terrorists	90.8	-	65.4	-	60.0	-	56.7	-
Mittelwert	93.9	95.0	74.6	81.1	70.8	78.6	49.4	46.2

Tabelle 2 (Fortsetzung)

„Please tell me whether you strongly/somewhat approve/disapprove of that position ... Please tell me which candidate holds each position“	Mit eigener Position		Positionsunterschied zwischen Kandidaten sehen		Eigene Position und Perzeption Positionsunterschied		Davon mit Republikanern zugeschriebener Position	
	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11	ATS10	ATS11
<i>Rüstungsfragen</i>								
Limit research on SDI	91.2	93.8	86.2	86.0	80.8	82.6	50.0	48.5
Develop and produce all new weapons the military wants	92.8	95.0	69.0	76.4	65.4	74.2	46.5	52.7
Build up conventional forces to make up for cuts in U. S. nuclear weapons	93.0	93.4	73.6	82.4	70.2	79.4	49.0	54.5
Do not build two aircraft carriers requested by Navy	-	84.4	-	79.2	-	70.6	-	55.1
Oppose mobile MX and Midgetman	-	86.0	-	80.0	-	74.2	-	47.3
Implement full scale SDI	88.2	90.5	85.0	85.4	78.1	80.1	55.9	60.6
Be selective on developing new weapons	94.7	95.1	84.3	85.8	82.1	83.2	36.9	38.6
Spend more on military operations (fuel, ammunition)	-	95.1	-	83.6	-	80.6	-	57.7
Mittelwert	92.0	91.7	79.6	82.4	75.3	78.1	47.7	51.9
Gesamtmittel	94.4	94.0	74.5	79.6	72.7	76.7	52.7	53.7

- : Nicht erhoben.

Die berichteten Anteile von Wählern mit Kompetenzurteilen bzw. eigenen Positionen und Perzeptionen von Positionsunterschieden zwischen den Kandidaten sind hoch, sie fallen aber nicht aus dem Rahmen anderwärts berichteter Befunde. Aldrich u. a. (1989: Tabelle 1) nennen (mit der fünften und sechsten Spalte der *Tabelle 2*) vergleichbare Mittelwerte für außenpolitische Fragestellungen von 61 Prozent für die Präsidentschaftswahl 1980 und 63 bzw. 76 Prozent für 1984⁷. Daß der hier für ATS11 gefundene Wert (77 Prozent) am oberen Ende der Vergleichsdaten liegt, kann – von Besonderheiten der Sachfragenorientierung bei der Wahl von 1988 abgesehen – folgende Ursachen haben: Erstens war ATS11 in den zwei Tagen vor der Wahl im Feld, also wohl auf dem Höhepunkt der Aufmerksamkeit der Wähler. Zweitens wurden nur registrierte Wähler befragt. Drittens schließlich könnte die Methode der Telefonbefragung gegenüber persönlichen Interviews Antwortmuster induziert haben, welche die Wahrnehmung von Kompetenz- und Positionsunterschieden etwas übertreiben (Jordan u. a. 1980).

4. Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung

4.1. Indexkonstruktion

Die in den *Tabellen 1* und *2* wiedergegebenen Fragebatterien sind zu umfangreich, um die *einzelnen* Beurteilungen direkt zum Wahlverhalten in Beziehung zu setzen. Deshalb wurden sie in sieben Indizes zusammengefaßt, nämlich für Kompetenz hinsichtlich der Beziehungen zur Sowjetunion und der Rüstungskontrolle, Kompetenz für sonstige außenpolitische Fragen, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kompetenz, Position zu Beziehungen mit der Sowjetunion und zur Rüstungskontrolle, zu sonstigen außenpolitischen Themen und schließlich Position in Rüstungsfragen. Zur Berechnung der Kompetenzindizes erhielten Befragte, die Bush (Dukakis) für kompetenter hielten, auf den einzelnen Variablen den Wert +1 (-1); alle anderen Probanden erhielten den Wert null zugewiesen. Diese Werte wurden mit der Wichtigkeit der einzelnen Themen für die Wahlentscheidung multipliziert, einer Skala mit vier Ausprägungen von null (für unwichtig) bis eins (äußerst wichtig)⁸. Abschließend wurde der Mittelwert über alle einschlägigen Fragen gebildet. Zur Berechnung der Positionsindizes bekamen Befragte, die stark mit einer Bush zugeschriebenen Position übereinstimmten (oder stark eine Dukakis zugeschriebene Position ablehnten), den Wert eins zugeteilt, bei schwacher Zustimmung (Ablehnung) den Wert 0.5. Starke bzw. schwache Befürwortung einer Position von Dukakis (oder Ablehnung einer Position von Bush) wurde entsprechend als -1 bzw. -0.5 kodiert. Wer in keine dieser Kategorien fiel, erhielt wiederum den Wert null. Abschließend wurde über die jeweils einschlägigen Fragen gemittelt. Sowohl Kompetenz- als auch Positionsindizes haben somit Wertebereiche von -1 bis +1, wobei positive (negative) Werte für höhere Kompetenzeinschätzungen zugunsten bzw. stärkere Übereinstimmung mit Bush (Dukakis) stehen.

Darüber hinaus konnte ein Index für Kompetenz in Sachen nationale Sicherheit berechnet werden. In beiden Erhebungen wurde gefragt, ob im Fall der Wahl zum Präsidenten Bush bzw. Dukakis die nationale Sicherheit der USA stärken oder schwächen oder ob keine Veränderung eintreten würde. Beide Fragen wurden in einer Skala von -1 bis +1 *zusammengefaßt*, wobei am positiven Ende diejenigen mit dem günstigsten Urteil über Bush („stärken“) und dem ungünstigsten („schwächen“) über Dukakis stehen – und umgekehrt am negativen Ende. Auch diese Skala wurde mit der Wichtigkeit von Außen- und Sicherheitspolitik für die Wahlentscheidung gewichtet. In ATS11 konnte zusätzlich ein Index für Einstellungen zu SDI gebildet werden. Zu diesem Projekt wurden drei Fragen gestellt, nämlich eine nach allgemeiner Befürwortung bzw. Ablehnung und zwei nach den Ausgaben und Haushaltsansätzen dafür. Befragte mit den konsistent positivsten Einstellungen zu SDI erhielten auf diesem Index den Wert +1, solche mit den ablehnendsten Meinungen den Wert -1.

Neben diesen acht (bei ATS11 neun) Indizes gehen in die folgenden Analysen die Parteiidentifikation ein, die Wahlabsicht sowie fünf Skalen (von null bis eins) der Wichtigkeit für die Wahlentscheidung der Kandidatenpersönlichkeit, der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und von Umweltproblemen. Die letzteren Skalen wurden nicht nur für die Gewichtung von Kompetenzurteilen verwandt, sondern auch als selbständige Erklärungsvariablen aufgefaßt, weil ein unabhängiger Effekt der relativen Gewichtung von Politikbereichen auf das Wahlverhalten nicht a priori ausgeschlossen werden kann. Parteiidentifikation und Wahlabsicht wurden als Skalen mit fünf Werten von -1, -0.5, 0, 0.5 und 1 konstruiert. Bei der Parteiidentifikation steht -1 (1) für Demokraten (Republikaner), -0.5 (0.5) für den Demokraten (Republikanern) zuneigende Unabhängige und null für Wähler ohne Parteiidentifikation oder Parteineigung. Bei der Wahlabsicht steht -1 (1) für eine sichere, -0.5 (0.5) für eine wahrscheinliche bzw. noch nicht sichere Wahlentscheidung zugunsten Dukakis (Bush), während alle anderen Probanden den Wert null haben. Der Vergleich der Mittelwerte zeigt, daß sich in der Endphase des Wahlkampfes die Verteilung der Parteiidentifikation nur geringfügig zugunsten der Republikaner verschob, während die Wahlabsichten für Bush nicht unbeträchtlich zunahm. Bereits auf dieser groben aggregierten Ebene entsteht also der Eindruck, die Verschiebung der Wahlabsichten zu-

gunsten von Bush sei parallel zu der beschriebenen Vergrößerung seines Vorsprungs in den Sachfragen verlaufen. Diesen Beziehungen wird nun im folgenden genauer nachgegangen.

4.2. Parteiidentifikation, Sachfragen und die Wahlentscheidung

Von ATS10 zu ATS11 nahm der Anteil der Wahlabsichten für Bush signifikant zu. *Tabelle 3* zeigt, wie sich dies differenziert darstellt, wenn man die Befragten mit sicherer oder wahrscheinlicher Wahlabsicht und diejenigen mit einer Parteiidentifikation oder lediglich einer Neigung zu einer bestimmten Partei jeweils zusammenfaßt. In diesen Wochen nahm der Anteil derjenigen ohne feste Wahlabsicht um knapp zwei Prozentpunkte ab, bei den übrigen Wählern konnte Bush seine Führung in der „two-party-vote“ um vier Prozentpunkte ausbauen. Dafür waren vor allem die Probanden mit republikanischer Parteineigung und die Unabhängigen verantwortlich. Bei den letzteren hatte Dukakis in ATS10 noch einen leichten Vorsprung, in ATS11 führte Bush hier klar. Unter den Republikanern konnte Bush die gegenüber den Demokraten ohnehin deutlich höhere „Haltequote“ (d. h. den Anteil derjenigen, die in Übereinstimmung

Tabelle 3: Wahlabsichten nach Parteiidentifikation

Partei- identifikation		sicher oder wahrschein- lich Bush	<i>Wahlabsicht</i>	
			unbestimmt	sicher oder wahrschein- lich Dukakis
<i>ATS10</i>				
Republikaner	N	370	26	33
	%	86.2	6.1	7.7
Unabhängig	N	48	28	50
	%	38.1	22.2	39.7
Demokraten	N	66	36	351
	%	14.6	7.9	77.5
Gesamt	N	484	90	434
	%	48.0	8.9	43.1
	% nur Bush/Dukakis	52.7	-	47.3
<i>ATS11</i>				
Republikaner	N	393	12	27
	%	91.0	2.8	6.3
Unabhängig	N	77	32	55
	%	47.0	19.5	33.5
Demokraten	N	61	26	323
	%	14.9	6.3	78.8
Gesamt	N	531	70	405
	%	52.8	7.0	40.3
	% nur Bush/Dukakis	56.7	-	43.3
Umfrage	% mit Partei- identifikation	davon % mit glei- cher Wahlabsicht	% der Stichproben mit Parteiid. = Wahlabsicht	
ATS10	87.5	81.7	71.5	
ATS11	83.4	85.0	70.9	

mit ihrer Parteineigung wählen wollten) weiter vergrößern (von 86.2 auf 91 Prozent), bei den Demokraten nahm sie nur unbedeutend zu. Die Stimmen der republikanischen Wähler waren Bush viel sicherer als es die Stimmen der demokratischen Wähler für Dukakis waren. Die bekannte starke Rolle der Parteiidentifikation zeigt sich in dieser Tabelle daran, daß rund 82 (ATS10) bzw. 85 Prozent (ATS11) derjenigen mit einer Parteineigung auch für diese Partei stimmen wollten; das waren jeweils rund 71 Prozent der Gesamtstichproben.

Regrediert man die beschriebene Wahlabsichtsvariable auf die Parteiidentifikationskala, werden in beiden ATS-Erhebungen knapp 48 Prozent der Varianz gebunden. Bezieht man als zusätzliche Prädiktoren alle Kompetenz- und Positionsindizes sowie die Skalen der Wichtigkeit der Kandidatenpersönlichkeit und von Politikbereichen ein (Tabelle 4), steigt die erklärte Varianz in beiden Studien auf knapp 75 Prozent an, d. h. daß rund die Hälfte der durch die Parteiidentifikation unerklärten Streuung der Wahlabsichten auf diese Prädiktoren zurückgeführt werden kann⁹.

Tabelle 4: Regression der Wahlabsicht auf Parteiidentifikation, Wichtigkeit von Kandidatenpersönlichkeit und Politikbereichen sowie auf Kompetenz- und Positionsindizes (unstandardisierte Koeffizienten)

	ATS10	ATS11
Parteiidentifikation	0.23c (2)	0.25c (2)
Wichtigkeit Kandidatenpersönlichkeit	0.01	0.06
Wichtigkeit Außenpolitik/Sicherheit	0.06	0.05
Wichtigkeit Wirtschaftspolitik	-0.12	-0.01
Wichtigkeit Sozialpolitik	-0.13 (7)	-0.27c (7)
Wichtigkeit Umweltschutz	-0.12a (10)	-0.03
Kompetenz Beziehungen zur Sowjetunion und Rüstungskontrolle	0.20c (5)	0.19c (5)
Kompetenz nationale Sicherheit	0.15b (9)	0.19c (8)
Kompetenz sonstige außenpolitische Themen	0.24c (1)	-0.04
Kompetenz wirtschaftliche Themen	0.22c (4)	0.34c (1)
Kompetenz soziale Themen	0.22c (3)	0.32c (4)
Position Beziehungen zur Sowjetunion und Rüstungskontrolle	0.13b (6)	0.24c (3)
Position sonstige außenpolitische Themen	0.06b (8)	-0.01
Position Rüstungsfragen	0.05	0.07
Position SDI	~	0.09b (6)
Konstante	0.20a	0.16a
korrigiertes R ²	0.734c	0.740c
korrigiertes R ² nur Parteiidentifikation	0.474c	0.478c
Anstieg R ² durch übrige Variablen	0.260c	0.262c
Anstieg R ² als Anteil der durch Parteiidentifikation unerklärten Varianz	0.494	0.502
N	953	972

Die Zahlen in Klammern geben an, im wievielten Schritt die jeweilige Variable bei schrittweiser Regression einbezogen wird.

-: Nicht erhoben.

a: $p < 0.05$

b: $p < 0.01$

c: $p < 0.001$

Bei den fünf Wichtigkeitsskalen bedeuten positive (negative) Koeffizienten, daß – *ceteris paribus* – um so eher Bush (Dukakis) gewählt wurde, je höher die Einschätzung der Wichtigkeit, und umgekehrt. Das Muster dieser Koeffizienten ist plausibel, die meisten sind allerdings statistisch nicht signifikant. Je wichtiger die Kandidatenpersönlichkeit für die Wahlentscheidung gesehen wurde, desto eher wurde für Bush gestimmt. Dieser Effekt trat erst in ATS11 auf¹⁰, was den „Abbau“ von Dukakis im Wahlkampf widerspiegeln mag; er war aber auch in dieser zweiten Umfrage nicht signifikant. Da keine weiteren Meßwerte zu Kandidatenpersönlichkeiten erhoben wurden, kann daraus nicht mit Sicherheit geschlossen werden, daß ihre Images für den Wahlausgang unerheblich waren. Andererseits ist jedoch schwer vorstellbar, daß ein so geringfügiges Ergebnis erzielt worden wäre, wenn die Kandidatenpersönlichkeiten in Wirklichkeit ein ausschlaggebender Faktor gewesen wären. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die personelle Alternative (aus jeweils unterschiedlichen Gründen) als recht unattraktiv eingeschätzt wurde, so daß die Kandidatenpersönlichkeit für wichtig zu halten¹¹, einen Wähler nicht sehr stark in eine bestimmte Richtung führen konnte.

Angesichts der im Wahlkampf bezogenen Positionen überrascht nicht, daß die Stimmabgabe für Bush mit höherer Einschätzung der Wichtigkeit von Außen- und Sicherheitspolitik wahrscheinlicher wurde. Daß dieser Zusammenhang nicht signifikant ist, dürfte daran liegen, daß mehrere Positions- und Kompetenzindizes zu dieser Thematik einbezogen wurden, deren Wirkung ihn überlagert. Für die Wichtigkeit von ökonomischen und sozialpolitischen Fragen und des Umweltschutzes werden durchweg negative Koeffizienten ermittelt, d. h. daß Dukakis um so eher gewählt wurde, für je wichtiger diese Bereiche gehalten wurden. Dabei ist aber eine Verlagerung der Gewichte festzustellen. In ATS10 galt diese Feststellung noch für alle drei Politikbereiche, unmittelbar vor der Wahl galt sie nur noch für den Bereich der Sozialpolitik, dort aber besonders klar. Dukakis hatte nun jedoch praktisch nichts mehr davon, wenn Wähler ökonomische oder ökologische Fragen für besonders wichtig hielten.

Bei den Kompetenz- und Positionsindizes bedeuten positive Koeffizienten, daß ein Kandidat um so eher gewählt wird, für je kompetenter er gehalten und je mehr mit seinen Positionen übereingestimmt wird. Deshalb sind hier durchweg positive Koeffizienten zu erwarten. In der Tat ist dies der Fall – von zwei kaum von null verschiedenen Ausnahmen bei ATS11 abgesehen. Die meisten dieser Indizes stehen in mindestens einer der Erhebungen in einer systematischen und signifikanten Beziehung zum Wahlverhalten. Die einzige Ausnahme ist der Index der Positionen zu Rüstungsfragen, der sich in beiden Studien als praktisch ohne Wirkung erweist; allerdings haben in ATS11 die spezifischeren Einstellungen zum SDI-Programm einen signifikanten (wenn auch nicht sehr starken) Effekt. Die Auswirkungen von Kompetenzeinschätzungen zu den Beziehungen zur Sowjetunion, der Rüstungskontrolle und der nationalen Sicherheit sind zu beiden Zeitpunkten etwa gleich stark. Einstellungen zu sonstigen außenpolitischen Themen nahmen in ihrer Bedeutung von ATS10 nach ATS11 stark ab; unmittelbar vor der Wahl spielten sie praktisch keine Rolle mehr. Andererseits erhielten Kompetenzurteile in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und Positionen zu den Beziehungen zur Sowjetunion und zur Rüstungskontrolle zu Ende des Wahlkampfs ein deutlich stärkeres Gewicht für die Stimmabgabe. In ATS10 lagen die signifikanten

Koeffizienten in ihrer Größenordnung alle noch relativ eng beieinander. Direkt vor der Wahl ist eine klarere Abstufung feststellbar. Die größte Rolle spielte für die Wähler, für wie wichtig sie sozialpolitische Themen hielten, wen sie als kompetenter für Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion einschätzten und mit wem sie hinsichtlich der Rüstungskontrolle und des Verhältnisses zur anderen Supermacht am ehesten übereinstimmten. Das Gewicht der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzurteile scheint dabei in den letzten Wahlkampfwochen besonders zugenommen zu haben. In der Entscheidung zwischen Bush und Dukakis sind mithin kräftige Auswirkungen der Einstellungen der Wähler zu politischen Sachfragen nachweisbar.

4.3. Effekte der Einstellungen zur Außen- bzw. zur Innenpolitik

Die Fragen, welche Sachthemen nun besonders wichtig oder irrelevant für die Wahlentscheidung waren, ob Einstellungen zu innenpolitischen Problemen sich stärker als solche zu außenpolitischen auf das Wahlverhalten auswirkten oder umgekehrt, werfen größere Schwierigkeiten auf. Sie rühren von der Multikollinearität zwischen den Erklärungsvariablen her. Für ATS11 beträgt die absolute mittlere Korrelation zwischen den 14 über die Parteiidentifikation hinaus in das Modell der *Tabelle 4* einbezogenen Variablen 0.27 (91 Korrelationen). Besonders hoch sind die fünf Kompetenzindizes untereinander korreliert (im Mittel 0.67); die stärkste bivariate Korrelation (0.8) wird zwischen Kompetenzeinschätzungen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen festgestellt. Dieses Ausmaß an Multikollinearität ist nicht dramatisch, läßt aber zweifeln, daß man trennscharfe Ergebnisse erhalten kann, wenn man das Modell der *Tabelle 4* jeweils mit nur außen- bzw. nur innenpolitischen Erklärungsvariablen schätzt. Bevor derartige Resultate trotzdem vorgeführt werden, ist es angezeigt, kurz auf die Struktur der Einstellungen zu verschiedenen politischen Sachthemen einzugehen. Zur Ermittlung dieser Struktur stehen prinzipiell zwei Ansätze zur Verfügung, nämlich derjenige der exploratorischen und jener der konfirmatorischen Faktorenanalyse. Bei ersterem wird davon ausgegangen, daß die Beobachtungswerte der einzelnen Variablen auf einige voneinander unabhängige und a priori unbekannt Dimensionen zurückgeführt werden können, in letzterem muß a priori bekannt sein, welches diese Dimensionen sind und für welchen Faktor eine beobachtete Variable einen Meßwert darstellt.

Für ATS11 werden die 14 kandidaten- bzw. sachfragenbezogenen Erklärungsvariablen aus *Tabelle 4* durch exploratorische Faktorenanalyse in zwei orthogonale Faktoren zerlegt, auf denen einerseits die Wichtigkeitsindikatoren und andererseits die Kompetenzvariablen hoch laden. Wird die Extraktion dreier Faktoren *erzwungen*, tritt ein Positionsfaktor hinzu. Als voneinander unabhängige Dimensionen werden also *nicht* Einstellungen zu außenpolitischen gegenüber innenpolitischen Problembereichen ermittelt. Für diese Struktur gibt es zwei Erklärungen, die gleichzeitig gelten können. Befragte könnten dazu neigen, gleichzeitig *alle* Politikbereiche als wichtiger oder unwichtiger zu nennen, gleichzeitig einen Kandidaten als kompetenter auf *allen* Sachfragen einzuschätzen, gleichzeitig auf *allen* Themen mit seinen Positionen übereinzustimmen. Denkbar ist aber auch, daß die umfangreichen Fragebatterien der ATS-Erhebungen dergestalt Antwortmuster produzierten, daß auf spätere Wichtigkeits-, Kompetenz- oder Positionsfragen entsprechend früheren Antworten reagiert wurde¹².

In die konfirmatorische Faktorenanalyse für ATS11 wurden nur die Kompetenz- und Positionsvariablen einbezogen, weil Einschätzungen der Wichtigkeit von Politikfel-

dern nach *Tabelle 4* als am wenigsten bedeutungsvoll für das Wahlverhalten gelten können. Dabei wurden zwei Faktoren vorgegeben, auf denen jeweils nur außen- bzw. nur innenpolitische Indizes laden sollten. Die (mittels LISREL durchgeführte) konfirmatorische Faktorenanalyse schätzt neben den Faktorladungen der einzelnen Variablen die Korrelation zwischen diesen Faktoren. Dabei zeigt sich, daß unter Berücksichtigung von Meßfehlern diese beiden Faktoren mit fast 0.95 miteinander korrelieren, ein viel beträchtlicheres Ausmaß an Multikollinearität als in der bivariaten Korrelationsmatrix sichtbar wurde. Wenn wir also nicht einfach die beste orthogonale Lösung erzwingen, sondern theoretisch davon ausgehen, daß die einzelnen Indizes Einstellungen zu einerseits außen- und andererseits innenpolitischen Fragen messen – und diese sehr wohl miteinander korreliert sein dürfen – dann finden wir eine so hohe Korrelation vor, daß an der eindeutigen Zerlegbarkeit der beiden Einstellungsbereiche erhebliche Zweifel entstehen. Deshalb ist Skepsis gegenüber der Feststellung von Aldrich u. a. (1989) angezeigt, bei den Wahlen 1980 und 1984 hätten Einstellungen zu außen- und innenpolitischen Fragen das Wahlverhalten jeweils etwa gleich stark beeinflusst. Auf die Möglichkeit der Multikollinearität gehen diese Autoren überhaupt nicht ein. Sie berichten nur mit *Tabelle 4* vergleichbare Modelle. Unzweifelhaft findet dabei in den Regressionskoeffizienten eine Art Gewichtung der verschiedenen Themenbereiche statt, die jedoch vor allem die Zusammensetzung der jeweils einbezogenen Variablen widerspiegelt.

Die in *Tabelle 5* wiedergegebenen Befunde vermitteln trotz dieser Einschränkungen einen gewissen Eindruck von der relativen Bedeutung verschiedener Einstellungsbereiche für verschiedene Wählergruppen. Sie wurden ermittelt, indem für jede Gruppe drei schrittweise Regressionen für die Wahlabsicht gerechnet wurden, jeweils auf die Parteiidentifikation und einmal zusätzlich auf die außenpolitischen Variablen aus *Tabelle 4*, einmal zusätzlich auf die innenpolitischen Einstellungen, schließlich auf beide Sorten von Variablen. In *Tabelle 5* ist wiedergegeben, welcher Anstieg der erklärten Varianz dabei jeweils zu verzeichnen war. Ihr läßt sich entnehmen, welcher Prozentsatz der durch die Parteiidentifikation unerklärten Varianz jeweils unzweifelhaft durch die beiden Gruppen von Einstellungsgrößen gebunden wird. Für alle Befragten in ATS11 etwa erklären signifikante Prädiktoren aus beiden Gruppen 50.8 Prozent der durch die Parteiidentifikation ungebundenen Varianz, signifikante außenpolitische Einstellungsvariablen 42.6 und innenpolitische Einstellungsvariablen 43.6 Prozent. Somit sind aus der Gesamtzunahme von 50.8 Prozent in jedem Fall 8.2 Prozentpunkte allein auf innenpolitische und 7.2 Prozentpunkte allein auf außenpolitische Einstellungen zurückzuführen, 35.4 Prozent sind aufgrund der Multikollinearität nicht eindeutig zuschreibbar.

Aus Platzgründen kann eine ausführliche Interpretation von *Tabelle 5* hier nicht erfolgen. Insgesamt scheint der Einfluß politischer Sachfragen auf die Wahlabsicht in den letzten Wahlkampfwochen etwas zugenommen zu haben, wobei der eigenständige Effekt von Einstellungen zu innenpolitischen Themen etwas anstieg, derjenige von außenpolitischen Einstellungen spürbar zurückging. Diese Zunahme der Bedeutung innenpolitischer Sachfragen erfolgte vor allem bei männlichen Befragten, solchen der jüngsten Altersgruppe (18–35 Jahre), weniger gebildeten Probanden, solchen, die sich

Tabelle 5: Zerlegung der durch Parteiidentifikation und Einstellungen zu außen- bzw. innenpolitischen Themen erklärten Varianz in der Wahlabsicht

	Durch Parteiidentifikation allein erklärte Varianz (%)	Durch Parteiidentifikation unerklärte Varianz, die gebunden wird durch Einstellungen zu (%)			N
		Außenpolitik	Innenpolitik	beidem	
Gesamt	47.4	43.2	37.2	50.0	953
	47.8	42.6	43.6	50.8	972
Männer	43.9	44.2	34.6	49.0	477
	42.1	45.1	44.0	52.3	491
Frauen	50.4	41.5	41.6	51.8	476
	53.5	39.8	43.2	50.1	481
Alter 18-35 Jahre	54.6	31.3	28.4	40.5	288
	42.2	43.4	43.1	50.5	347
Alter 36-55 Jahre	40.4	45.1	41.4	51.3	343
	52.5	40.2	44.8	51.6	352
Alter über 55 Jahre	49.0	49.8	41.2	55.3	286
	50.5	45.4	43.8	51.9	264
höchstens Fachschule („vocational/technical school“)	40.4	41.9	35.2	48.8	403
	41.1	48.9	47.0	54.8	399
mindestens zwei Jahre College	52.8	43.4	39.2	50.4	546
	53.0	36.8	41.5	47.7	565
Selbsteinstufung „liberal“	52.0	31.0	21.0	40.6	175
	49.7	31.2	37.8	44.1	165
Selbsteinstufung „moderate“	40.9	43.7	35.9	49.9	401
	37.6	42.1	47.0	50.5	401
Selbsteinstufung „conservative“	40.6	44.6	39.1	52.9	332
	38.7	39.8	34.3	45.8	355
Aufmerksamkeit gegenüber Sicherheitspolitik niedrig	42.3	39.9	28.2	43.0	293
Aufmerksamkeit gegenüber Sicherheitspolitik hoch	-	-	-	-	-
Sicherheitspolitik persönlich nicht sehr wichtig	40.5	38.8	35.5	49.9	343
	-	-	-	-	-
Sicherheitspolitik persönlich sehr wichtig	51.1	46.0	38.0	50.9	604
	-	-	-	-	-
Außenpolitik wichtiger	41.1	54.3	31.7	54.0	264
	38.0	42.9	31.8	48.9	261
beides gleich wichtig	47.7	41.1	37.7	48.6	372
	50.1	42.7	45.7	52.3	373
Innenpolitik wichtiger	44.8	34.6	41.3	50.4	317
	41.7	33.6	44.1	50.6	338

Die Werte in der zweiten bis vierten Spalte dieser Tabelle sind berechnet aus den korrigierten R^2 -Werten für die Endmodelle schrittweiser Regressionen der Wahlabsicht auf die Parteiidentifikation und zusätzlich nur außen- und sicherheitspolitische Einstellungen bzw. nur innenpolitische Einstellungen bzw. beide Gruppen von Einstellungen gleichzeitig. Die jeweils oberen Werte gelten für ATS10, die jeweils unteren für ATS11. Alle durch die Parteiidentifikation erklärten Varianzanteile und alle durch Einstellungen zusätzlich erklärten Varianzanteile sind statistisch signifikant mit $p < 0.001$.

-: Für ATS11 nicht verfügbar.

selbst als „liberal“ oder „gemäßigt“ bezeichneten, schließlich bei denjenigen, die außen- und innenpolitische Themen als gleich wichtig für ihre Stimmabgabe bezeichneten. Unmittelbar vor der Wahl waren die selbständigen Auswirkungen der innenpolitischen Attitüden bei allen Befragten zusammen etwas stärker als diejenigen der außenpolitischen. Abweichungen davon waren in geringem Umfang bei Männern, älteren und weniger qualifizierten Befragten feststellbar, starke Abweichungen bei nach ihrer Selbsteinschätzung „konservativen“ Wählern und solchen, die Außen- und Sicherheitspolitik als wichtiger für ihre Wahlabsicht nannten; bei den jeweils anderen befragten Gruppen waren die eigenständigen Effekte der innenpolitischen Themen gewichtiger bzw. es bestand kein Unterschied. Am stärksten differenziert sind die Gewichte der beiden Bereiche, wenn man die Befragten nach ihrer „Ideologie“ und nach ihren eigenen Angaben zerlegt, wie wichtig verschiedene Politikfelder für ihre Stimmabgabe sind. Außen- und Sicherheitspolitik war eher ein wahlrelevantes Thema für „Konservative“, Innenpolitik eher für „Gemäßigte“ und „Liberale“. Daß außenpolitische (innenpolitische) Themen in der Tat das Wahlverhalten derjenigen deutlich besser erklären, die Außenpolitik (Innenpolitik) als wichtiger für ihre Stimmabgabe deklarieren, ist nicht nur plausibel, sondern bestätigt auch die Validität der hier verfolgten Gewichtung dieser Einflüsse.

5. Politische Sachfragen und Konstanz und Wechsel des Wahlverhaltens

5.1. Wahlverhalten 1984 und 1988

Zur Untersuchung der Wählerströme zwischen 1984 und 1988 wird nur die AT511-Studie herangezogen, weil sie aufgrund der Nähe zum Wahltermin zuverlässigere Messungen der Wahlabsicht enthalten sollte. In der Rückerinnerung an 1984 zeigt diese Erhebung einen retroaktiven Bandwagon-Bias zugunsten Reagans. Von den 817 Befragten, die eine damalige Wahl für Reagan oder Mondale angaben, behaupteten 68.8 Prozent, für ersteren gestimmt zu haben (*Tabelle 6*), der das Amt mit einem der höchsten Popularitätswerte für scheidende Präsidenten verließ; sein wirklicher Anteil an der two-party-vote betrug 1984 jedoch „nur“ 59.2 Prozent. In den Wahlabsichten für 1988 war diese Verzerrung zugunsten von Bush wesentlich geringer (s. *Tabelle 3*). Aus *Tabelle 6* geht hervor, daß Dukakis einen viel höheren Anteil der Mondale-Wähler des Jahres 1984 halten konnte als das Bush bei den früheren Reagan-Wählern gelang (88.7 gegenüber 80.2 Prozent). Entsprechend wird für Reagan-Wähler des Jahres 1984 ein deutlich höherer Anteil von Wechslern zu Dukakis gefunden als umgekehrt (15.4 gegenüber 6.7 Prozent). Dieser Unterschied ist wohl der Richtung nach korrekt, in der Stärke aber wegen der Verzerrung der Rückerinnerung übertrieben. 1984 gab es zwar in der Tat viele „Reagan-Democrats“, von denen ein beträchtlicher Anteil 1988 wieder zu Dukakis „zurückkehrte“. Dementsprechend weisen die Wechsler von Reagan zu Dukakis im Mittel eine relativ deutliche Parteidentifikation mit den Demokraten auf. Angesichts der großen Popularität Reagans in seinen letzten Monaten im Amt dürfte

sich aber in ATS11 eine ganze Reihe von demokratischen Parteiidentifizierern unrichtigerweise als solche „Reagan-Democrats“ des Jahres 1984 ausgegeben haben¹³.

Tabelle 6: Parteiidentifikation, Faktorwerte der Faktoren außen- und sicherheitspolitischer bzw. innenpolitischer Themen und Wichtigkeit von Politikbereichen nach Wahlverhalten 1984 und 1988 (nur ATS11)

Wahlabsicht 1988	Prozent	Partei- identi- fikation	Gruppenspezifische Mittelwerte von			N
			Faktor außen- und sicherheits- politische Themen	Faktor innen- politische Themen	Wichtigkeit Außen- und Sicherheits- politik oder Innenpolitik	
<i>1984 Reagan gewählt</i>						
Sicher Bush	68.1	0.61	0.50	0.48	0.04	383
Wahrsch. Bush	12.1	0.31	0.32	0.30	-0.04	68
Unbestimmt	4.3	0.15	0.17	0.14	-0.10	24
Wahrsch. Dukakis	3.7	-0.24	-0.19	-0.25	-0.15	21
Sicher Dukakis	11.7	-0.33	-0.29	-0.33	-0.06	66
Mittel/Summe	100	0.41	0.35	0.33	0.07	562
<i>1984 Mondale gewählt</i>						
Sicher Bush	4.7	-0.08	0.11	0.05	-0.05	12
Wahrsch. Bush	2.0	-0.70	0.35	0.26	0.07	5
Unbestimmt	4.7	-0.79	-0.18	-0.24	-0.17	12
Wahrsch. Dukakis	12.2	-0.65	-0.26	-0.30	-0.12	31
Sicher Dukakis	76.5	-0.80	-0.44	-0.48	-0.18	195
Mittel/Summe	100	-0.74	-0.36	-0.41	-0.16	255
<i>1984 noch nicht wahlberechtigt</i>						
Sicher Bush	34.3	0.83	0.42	0.39	0.07	12
Wahrsch. Bush	14.3	0.30	0.13	0.20	0.00	5
Unbestimmt	5.7	-0.25	-0.59	-0.58	-0.17	2
Wahrsch. Dukakis	17.1	-0.42	0.04	0.06	0.00	6
Sicher Dukakis	28.6	-0.70	-0.34	-0.35	-0.17	10
Mittel/Summe	100	0.04	0.05	0.05	-0.03	35
<i>1984 nicht gewählt</i>						
Sicher Bush	23.2	0.33	0.50	0.48	0.00	23
Wahrsch. Bush	8.1	0.63	0.37	0.35	-0.06	8
Unbestimmt	14.1	-0.32	-0.06	-0.09	-0.13	14
Wahrsch. Dukakis	19.2	-0.55	-0.32	-0.40	-0.07	19
Sicher Dukakis	35.4	-0.76	-0.45	-0.53	-0.03	35
Mittel/Summe	100	-0.29	-0.07	-0.13	-0.05	99
<i>Sonstige (Wahlverhalten 1984 nicht feststellbar)</i>						
Sicher Bush	20.0	0.32	0.37	0.32	0.17	11
Wahrsch. Bush	7.3	0.25	0.31	0.24	0.00	4
Unbestimmt	32.7	-0.08	-0.05	-0.08	-0.09	18
Wahrsch. Dukakis	12.7	-0.07	-0.29	-0.38	-0.21	7
Sicher Dukakis	27.3	-0.70	-0.43	-0.44	-0.19	15
Mittel/Summe	100	-0.15	-0.07	-0.11	-0.08	55

„Wichtigkeit Außen- und Sicherheitspolitik oder Innenpolitik“ ist definiert als Wichtigkeit Außen- und Sicherheitspolitik minus dem arithmetischen Mittel aus Wichtigkeit Wirtschaftspolitik und Wichtigkeit Sozialpolitik. Ein Wert von null bedeutet also, daß beide Politikfelder gleich wichtig eingeschätzt werden, positive (negative) Werte signalisieren, daß Außenpolitik (Innenpolitik) für wichtiger gehalten wird.

Die Zahlen derjenigen, die 1984 nicht wählten, deren damaliges Wahlverhalten nicht feststellbar war und besonders derjenigen, die noch nicht wahlberechtigt waren, sind für zuverlässige Schlüsse über ihr Wahlverhalten 1988 gefährlich niedrig, so daß alle diesbezüglichen Ausführungen mit Vorsicht betrachtet werden müssen. Bei den Erstwählern lagen Bush und Dukakis gleich im Rennen, bei den beiden anderen Gruppen hatte Dukakis einen klaren Vorsprung in den Wahlabsichten (54.6 zu 31.3 bzw. 40.0 zu 27.3 Prozent). Im Vergleich zu denjenigen Befragten, die sagten, 1984 entweder Reagan oder Mondale gewählt zu haben, hatten Erstwähler besonders häufig wenig sichere Wahlabsichten, während die Nichtwähler des Jahres 1984 und die übrigen Befragten viel öfter erneut gar keine Wahlabsicht hatten (14.1 bzw. 32.7 Prozent).

Betrachtet man die Verteilungen der Parteiidentifikation, der Einstellungen zu außen- bzw. zu innenpolitischen Sachfragen¹⁴ und der der Außen- gegenüber der Innenpolitik zugemessenen Bedeutung für die Wahlentscheidung über die einzelnen Wahlabsichten hinweg, erkennt man plausible Muster. Von wenigen Ausnahmen bei sehr geringen Fallzahlen abgesehen, gilt für alle Wählergruppen des Jahres 1984, daß von einer sicheren Wahlabsicht für Bush bis hin zu einer solchen für Dukakis sowohl Parteiidentifikation wie auch politische Einstellungen monoton immer günstiger für die Demokraten und ungünstiger für die Republikaner werden. Besonders interessant sind hierbei die Wechselwähler. Die Wechsler von Reagan zu Dukakis neigen zwar, wie gesagt, im Mittel ihrer Parteiidentifikation bereits eher den Demokraten zu, sie sind aber diejenigen ehemaligen Reagan-Wähler mit den „demokratischsten“ Ansichten zu Außen- und Innenpolitik und sie halten das letztere Politikfeld für wichtiger für ihre Wahlentscheidung als stabile Reagan-Bush-Wähler. Die (wenigen) Wechsler von Mondale zu Bush sind nach ihrer Parteiidentifikation ebenfalls eher Demokraten, unter den ehemaligen Mondale-Wählern sind sie aber diejenigen mit den „republikanischsten“ Einstellungen zu politischen Sachfragen und der geringsten Einschätzung von Innenpolitik als wichtig für ihre Stimmabgabe. *Tabelle 6* zeigt somit auf, daß speziell auch ehemalige Nichtwähler und Wechselwähler sehr stark durch Sachfragen beeinflusst wurden. Diese Einflüsse werden im nächsten Abschnitt weiter differenziert.

5.2. Regressionsanalyse der Wahlabsicht 1988 nach Stimmabgabe 1984

Um festzustellen, welche Einstellungen für welche Wählergruppe des Jahres 1984 besonders wahlrelevant waren, wurde die Wahlabsicht für die einzelnen Gruppen der *Tabelle 6* auf die Parteiidentifikation, Faktorwerte der Faktoren außen- bzw. innenpolitischer Einstellungen und auf eine Skala regredierte, welche die relative Wichtigkeit außenpolitischer gegenüber innenpolitischen Themen für die Wahlentscheidung erfaßt¹⁵. Diese Berechnungen differenzieren gut zwischen den einzelnen Wählergruppen (*Tabelle 7*). Für ehemalige Reagan-Wähler hatten Einstellungen zu außenpolitischen Themen den größten Einfluß auf das Wahlverhalten, für ehemalige Mondale-Wähler solche zu innenpolitischen Themen. Die Einstellungen zum jeweils anderen Themenbereich werden bei schrittweiser Regression überhaupt nicht mehr als signifikant berücksichtigt. Regressionen mit einem Wechsel der Wahlabsicht zum Kandidaten der anderen Partei als abhängigen Variablen (unterer Teil der *Tabelle 7*) bestätigen diesen Befund eindeu-

tig. Bei ehemaligen Reagan-Wählern sagen diese Modelle praktisch allein aus den Attitüden zur Außenpolitik einen Verbleib beim republikanischen Kandidaten voraus, wenn er für kompetenter gehalten und mit seinen diesbezüglichen Positionen übereinstimmt wird. Je weniger das der Fall ist, desto eher liegt keine Wahlabsicht vor, eine wahrscheinliche oder gar eine sichere Entscheidung für Dukakis. Sinngemäß das gleiche gilt für die Einstellungen zur Innenpolitik von Mondale-Wählern des Jahres 1984, wobei allerdings erklärte Varianz und Regressionskoeffizienten in einer niedrigeren Größenordnung liegen. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß in den ATS-Studien außen- und sicherheitspolitische Einstellungen differenzierter erhoben wurden.

Tabelle 7: Regression der Wahlabsicht bzw. des Wechsels der Wahlabsicht auf Parteiidentifikation, Faktorwerte der Faktoren außen- und sicherheitspolitischer bzw. innenpolitischer Themen und auf Wichtigkeit von Politikbereichen (unstandardisierte Koeffizienten, nur ATS11)

Wahlverhalten 1984	Parteiidentifikation	Faktor außen- und sicherheitspolitische Themen	Faktor innenpolitische Themen	Wichtigkeit Außen- und Sicherheitspolitik oder Innenpolitik	Konstante	korr. R ²
Gesamt	0.27c(2)	0.50b(3)	0.68c(1)	0.14a(4)	0.04b	0.728c
Reagan	0.18c 0.19c(2)	0.76b 1.14c(1)	0.35 -	0.15 -	0.15c 0.13c	0.547c 0.546c
Mondale	0.22c 0.23c(2)	0.22 -	0.68a 0.91c(1)	0.10 -	-0.22c -0.22c	0.333c 0.339c
nicht wahlberechtigt	0.57c 0.56c(1)	1.37a 0.90b(2)	-0.13 -	0.12 -	-0.05 -0.05	0.711c 0.742c
nicht gewählt	0.23b 0.22b(2)	-0.18 -	1.69c 1.12c(1)	-0.49b -0.51b(3)	0.06 0.03	0.713c 0.719c
Sonstige	0.18 0.24a(2)	1.75a 1.14c(1)	-0.17 -	0.31 -	0.00 0.02	0.564c 0.576c
Reagan	0.08c 0.08c(2)	0.41c 0.56c(1)	0.14 -	0.04 -	-0.38c -0.38c	0.514c 0.516c
Mondale	0.11c 0.11c(2)	0.11 -	0.28a 0.39c(1)	0.04 -	0.31c 0.32c	0.288c 0.295c

Abhängige Variable ist im oberen Teil der Tabelle die Wahlabsicht. Im unteren Teil der Tabelle ist die abhängige Variable für Reagan-Wähler des Jahres 1984 eine Variable mit den Werten null für Wahlabsicht Bush, -0.33 für keine Wahlabsicht, -0.67 für Wahlabsicht wahrscheinlich Dukakis und -1 für Wahlabsicht sicher Dukakis. Die entsprechende Variable für Mondale-Wähler des Jahres 1984 hat die Werte null für Wahlabsicht Dukakis, 0.33 für keine Wahlabsicht, 0.67 für Wahlabsicht wahrscheinlich Bush und 1 für Wahlabsicht sicher Bush. Die jeweils obere Gleichung gibt das vollständige Modell wieder, die jeweils untere das Endmodell aus schrittweiser Regression. Die Zahlen in Klammern geben dabei an, im wievielten Schritt die jeweilige Variable bei schrittweiser Regression einbezogen wird.

-: Bei schrittweiser Regression nicht einbezogen.

a, b, c Wie Tabelle 4.

Das Wahlverhalten der Erstwähler und derjenigen, die 1984 nicht wählten, obwohl sie wahlberechtigt waren, wird durch die Modelle der *Tabelle 7* sehr gut erklärt, hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren ihrer Stimmabgabe unterscheiden sich diese Gruppen aber erheblich. Für die Neuwähler spielten ihre Einstellungen zu den Parteien eine große Rolle, daneben orientierten sie sich praktisch nur an außenpolitischen Sachfragen. Diese Themen waren für die Nichtwähler des Jahres 1984 unbedeutend. Ob und wie sie 1988 wählen wollten, hing (neben ihrer Parteiidentifikation) vor allem von ihren Attitüden zur wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenz der Kandidaten ab und daneben von ihrer Einschätzung der relativen Bedeutung von Politikfeldern. Allein bei dieser Wählergruppe hatten derartige Beurteilungen einen eigenständigen signifikanten Effekt, der interessanterweise so aussieht, daß diese ehemaligen Nichtwähler eher Dukakis (Bush) zuneigten, wenn sie Außenpolitik (Innenpolitik) für wichtiger hielten. Die in ihrer Stimmabgabe 1984 nicht bestimmbareren Wähler schließlich sind von den ehemaligen Reagan-Wählern in den Bestimmungsfaktoren ihrer Wahlentscheidung praktisch nicht zu unterscheiden; sie hängt vor allem von ihren Einstellungen zu außenpolitischen Fragen ab. Die Zerlegung der Wählerschaft nach ihrem früheren Wahlverhalten ermöglicht somit eine klarere Antwort auf die Frage, welche Sachfragen für wen wahlrelevanter waren, als die in *Tabelle 5* vorgenommenen sozialstrukturellen und einstellungsmäßigen Klassifikationen. Aufgrund der Fallzahlen haben dabei natürlich die Befunde für diejenigen, die beide Male wählten, als abgesichert zu gelten als für die übrigen Gruppen.

6. *Schlußbemerkungen*

Die amerikanische Wahl von 1988 hat in zweierlei Hinsicht Tendenzen bestätigt, die in der politischen Landschaft der USA seit zwei Jahrzehnten feststellbar sind. Zum einen gelingt es den Demokraten zwar relativ leicht, Mehrheiten im Kongreß zu erobern, sie tun sich aber schwer damit, einen der ihren in das höchste Amt der Nation gewählt zu bekommen. Seit 1968 war die Präsidentschaft Carters die einzige Ausnahme – und auch sie hätte es sicher ohne den Watergate-Skandal nicht gegeben. Zum zweiten orientieren sich die amerikanischen Wähler bei ihrer Stimmabgabe stärker als früher an aktuellen politischen Sachfragen und weniger an ihrer langfristigen Parteiidentifikation. Diese beiden Faktoren waren in einer interessanten Kombination für den Ausgang der letzten Wahl verantwortlich.

Die Demokraten haben mit ihrem Wählerpotential ein strukturelles Grundproblem, welches die Republikaner kaum kennen. Unter den demokratischen Parteiidentifizierern gibt es einen beträchtlichen Anteil, der die republikanischen Kandidaten für das Präsidentenamt wählt. 1980 wurde diese Gruppe durch die „ABC-Wähler“ („Anyone But Carter“) besonders zahlreich. Als „Reagan-Democrats“ sorgten sie für den Triumph Reagans bei der Wahl von 1984. Ein Demokrat hätte nur dann im Januar 1989 als Präsident ins Weiße Haus einziehen können, wenn es ihm gelungen wäre, den größten Teil dieser Wähler zurückzugewinnen und die Mehrheit bei den parteipolitisch ungebundenen Wählern zu erhalten. Dukakis ist beides nicht gelungen.

Für diesen Mißerfolg sind vor allem die politischen Einstellungen der amerikanischen Wählerschaft und ihre Beurteilung der Kompetenz der Kandidaten verantwortlich. Wenn die Demokraten nach den Wahlparteitagen meinten, das Rennen zwischen George Bush und Michael Dukakis sei bereits gelaufen, dann erlagen sie der Autosuggestion. Noch während der Vorwahlen war Dukakis lediglich einer von „sieben Zwergen“, ein national nicht sonderlich bekannter Gouverneur aus Neu-England, einer in vielen Teilen des Landes mit einer gewissen Skepsis ob ihrer „Liberalität“ betrachteten Region, noch dazu ein nicht-angelsächsischer Einwanderer der zweiten Generation. George Bush dagegen hatte seit den siebziger Jahren als Direktor der CIA, Botschafter in der Volksrepublik China und dann als Vizepräsident selbstverständlich einen hohen Sichtbarkeits- und Bekanntheitsgrad auf nationaler Ebene. Überdies schien auf ihn der Abglanz der Popularität Reagans, der zu Ende seiner Amtszeit wieder erstaunlich hohe Sympathiewerte erhielt. Dukakis hätte Bush nur dann besiegen können, wenn er ihn in den politischen Sachfragen und der Kompetenzeinschätzung durch die Wähler klar ausgestochen hätte. Genau darauf zielte Dukakis ab. Er versuchte zu verdeutlichen, daß die Nation gewaltige Probleme vor sich habe und eine neue und energische Führung brauche, um sie zu bewältigen, und daß er diese geben könnte. George Bush hielt entgegen, daß erstens die von Dukakis beschworenen Probleme gar nicht so dramatisch seien und – dessen ungeachtet – eine Administration unter seiner Führung mit ihnen besser fertig werden würde, daß in Wirklichkeit er der „Erziehungspräsident“, der „Umweltpräsident“ usw. sein werde.

Nach den hier vorgelegten Analysen akzeptierten die amerikanischen Wähler den Kompetenzanspruch Bushs eher als denjenigen von Dukakis. Nicht nur das: Sie hielten ihn nicht nur für kompetenter, sondern die ihm zugeschriebenen Positionen in politischen Streitfragen waren zumeist auch die Mehrheitsmeinung, während Dukakis bei den meisten der hier untersuchten Themen nur eine Minderheit zustimmte. Es konnte gezeigt werden, daß in der Endphase des Wahlkampfes Dukakis hinsichtlich der Zustimmung zu seinen Positionen und des Vertrauens in seine Kompetenz noch weiter abrutschte. Für einen Sieg hätte Dukakis die verbreitete Wahrnehmung in der Wählerschaft gebraucht, daß Bush zwar ein netter Mensch sei, er, Dukakis, aber die richtigen politischen Ideen habe und die Fähigkeit, sie in die Tat umzusetzen. Tatsächlich aber wurde im Wahlkampf diese Beurteilung von Dukakis eher seltener.

Parallel dazu nahmen auch die Wahlabsichten für Dukakis ab. Zwar stammen unsere Daten nicht aus Wiederholungsbefragungen, so daß nicht unmittelbar nachgewiesen werden kann, daß genau diejenigen ihre Wahlabsicht zugunsten von Bush änderten, bei denen diese Einstellungsverschiebungen erfolgten. Trotzdem kann diese Parallelität nicht als zufällig abgetan werden, sondern sie muß als eine wichtige Determinante des Wahlergebnisses aufgefaßt werden. Schließlich zeigt sich im Querschnitt beider ATS-Studien, daß die Einstellungen zu den politischen Sachthemen einen von der Parteiidentifikation unabhängigen starken Einfluß auf die Wahlabsichten hatten. Darüber hinaus ergibt sich bei der Untersuchung der Wählerströme zwischen 1984 und 1988, daß praktisch für alle Wählergruppen die Attitüden zu den Sachfragen eine entscheidende Rolle für Konstanz bzw. Wechsel der Stimmabgabe hatten. Je stärker Wähler inhaltlich mit dem Kandidaten derjenigen Partei übereinstimmten, mit der sie sich iden-

tifizierten, und je mehr sie von seiner Kompetenz überzeugt waren, desto größer war die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für diesen Mann. Je mehr sie den Positionen des Gegenkandidaten zuneigten und an seine Sachkompetenz glaubten, desto größer war die Wahrscheinlichkeit eines von der Parteiidentifikation abweichenden Wahlverhaltens. Besonders wichtig für das Wahlergebnis war dieser Mechanismus bei den zahlreichen „Reagan-Democrats“. Nach den hier erzielten Ergebnissen kehrte rund die Hälfte von Ihnen angesichts inhaltlicher Übereinstimmung mit Dukakis und positiver Beurteilung seiner Kompetenz zu einer Stimmabgabe für den demokratischen Kandidaten zurück, ein beträchtlicher Teil aber verblieb aufgrund entgegengesetzter politischer Einstellungen bei Bush. Auch bei den Nichtwählern des Jahres 1984 und denjenigen, deren damaliges Wahlverhalten nicht ermittelt werden konnte, sind starke Effekte der politischen Attitüden festzustellen: Waren sie indifferent hinsichtlich inhaltlicher Positionen und Kompetenz der beiden Kandidaten, hatten diese Wähler eine hohe Wahrscheinlichkeit der Stimmenthaltung; andernfalls beabsichtigten sie, dem nach den Sachthemen präferierten Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Was schließlich die Gewichtung des Einflusses von Einstellungen zur Außen- bzw. Innenpolitik auf die Wahlentscheidung angeht, sind völlig eindeutige Aussagen nicht möglich. Beide Einstellungsbereiche hängen so stark miteinander zusammen, daß eine einfache Trennung der Effekte nicht ohne weiteres erfolgen kann. Dies ist nicht nur ein wichtiges Ergebnis, sondern auch ein Ansatzpunkt für weitere Forschung, in der zu versuchen ist, die Wechselbeziehung zwischen diesen beiden Einstellungskomplexen, ihre Abhängigkeit von der Parteiidentifikation und ihren Einfluß auf die Wahlentscheidung simultan zu schätzen. Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, daß es vermutlich eine Illusion ist, von einer einheitlichen Gewichtung der Wirkung dieser Politikbereiche in der gesamten Wählerschaft auszugehen. Vielmehr sieht es eher so aus, daß für einige Wählergruppen eher die außenpolitischen und für andere eher die innenpolitischen Themenbereiche größeren Einfluß auf die Wahlentscheidung haben. Die Thematisierung von Außenpolitik im Wahlkampf stellt also keinen Tanz vor einem blinden Publikum dar, für manche Wähler ist aber das Abschneiden im Walzerwettbewerb wichtiger als beim Rock'n Roll, bei anderen Wählern ist es umgekehrt. Ohne eine solche Differenzierung des Elektorats ist festzustellen, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Themen 1988 im Vergleich zu außen- und sicherheitspolitischen etwas stärkeren Einfluß auf das Wahlverhalten hatten, wobei diese Gewichtung in der Endphase des Wahlkampfs noch deutlicher wurde. Viel eindeutiger als dieses Ergebnis ist aber, daß Dukakis während des Wahlkampfs in *beiden* Politikbereichen Zustimmung und Vertrauen in seine Kompetenz verloren hat – und damit auch die Wahl.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Beiträge in Crewe (1985).
- 2 Die einzelnen Umfragen des ATS-Projekts wurden von Market Opinion Research, Marttila und Kiley und der D. Yankelovich Group durchgeführt. Berichte und Datensätze sind grundsätzlich frei zugänglich. Berichte und weitere Informationen über das Projekt können angefordert werden von: Americans Talk Security, 83 Church Street, Suite 17, Winchester, Massachu-

- setts 01890, USA. Den Vertrieb der Daten besorgt das Roper Center der University of Connecticut in Storrs.
- 3 U. S. Department of Commerce, Bureau of the Census (1987: 249).
 - 4 Zur Methodologie von telefonischen Befragungen s. z. B. Frey (1989), Lavrakos (1987).
 - 5 Diese Einzelfragen wurden nicht sämtlich an alle Befragten gestellt, sondern jeweils 13 wurden in einer Hälfte der Stichprobe erhoben. Diese Aufspaltung in zwei Teilstichproben galt in ATS10 und ATS11 für alle Fragen nach Positions- und Kompetenzeinschätzungen.
 - 6 Vgl. Anmerkung 5.
 - 7 Für 1984 wurden zwei verschiedene Umfragen ausgewertet.
 - 8 Für ATS10 stand die Wichtigkeit für die Wahlentscheidung nicht für die einzelnen Fragen der Batterie zur Verfügung, sondern nur für die vier Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltschutz. Diese vier Skalen wurden jeweils sinngemäß zur Gewichtung entsprechender Fragen herangezogen.
 - 9 Die Einbeziehung der Einstellungen zu politischen Sachfragen zusätzlich zur Parteiidentifikation führt hinsichtlich der erklärten Varianzanteile und der Koeffizientenschätzung zu denselben Resultaten wie eine Residuen-Regression, bei der man zunächst alle anderen Variablen auf die Parteiidentifikation regrediert und dann mit den Residuen dieser Regressionsmodelle weiterarbeitet; zur Anwendung dieser Technik vgl. etwa Klingemann/Taylor (1977).
 - 10 Unterschiede in den für die beiden Erhebungen (mit der gewöhnlichen Methode der kleinsten Quadrate) geschätzten Modellen sind nicht etwa auf die zusätzliche Einbeziehung der Einstellungen zu SDI in ATS11 zurückzuführen. Wird diese Variable ausgeschlossen, verändert sich das Modell ansonsten kaum.
 - 11 Gefragt wurde nach der Wichtigkeit von „personal qualities like competence, honesty and experience“.
 - 12 Leider wurde in den ATS-Umfragen der Startpunkt in diesen langen Fragebatterien rotiert, ohne daß er in den Daten gespeichert wurde. Deshalb ist es nicht möglich, die Stärke solcher „response-sets“ empirisch zu beurteilen.
 - 13 Der hohe Anteil von „Reagan-Democrats“ erklärt auch das vermeintliche Paradox, daß für die Republikaner nach der Parteiidentifikation eine viel höhere Haltequote zu verzeichnen war (Tabelle 3), während im Wahlverhalten zwischen 1984 und 1988 der Strom von den Republikanern zu den Demokraten viel stärker ist als umgekehrt. 1984 gab es in der Tat sehr viele „Reagan-Democrats“: Von denjenigen mit demokratischer Parteiidentifikation oder Parteineigung, die 1984 gewählt hatten, sagten in ATS11 immerhin 31.0 Prozent, sie hätten damals für Reagan gestimmt. Umgekehrt gaben nur 2.4 Prozent derjenigen, die sich in ATS11 mit den Republikanern identifizierten oder ihnen zuneigten, an, vor vier Jahren für Mondale gestimmt zu haben. Von den „Reagan-Democrats“ (98 Befragte oder immerhin zwölf Prozent derjenigen, die für 1984 eine Stimmabgabe berichteten) wollten 53.1 Prozent wieder „heimkehren“, 4.1 Prozent hatten keine Wahlabsicht, aber immerhin 42.9 Prozent wollten nochmals den republikanischen Kandidaten wählen („Bush-Democrats“). Somit sind also beide Erscheinungen erklärt. Demokratische Identifizierer fielen 1988 häufiger von der Parteiidentifikation ab als republikanische, weil noch viele „Reagan-Democrats“ sich erneut vom demokratischen Kandidaten fernhielten, andererseits war der Wählerstrom von den Republikanern zu den Demokraten wegen der 53 Prozent heimkehrender „Reagan-Democrats“ viel stärker als der umgekehrte Strom.
 - 14 Tabelle 6 enthält hierzu Faktorwerte der beiden Faktoren aus der konfirmatorischen Faktorenanalyse (s. Abschnitt 4.3.).
 - 15 Vgl. dazu die Anmerkung zu Tabelle 6. Diese Regressionen wurden einmal unter gleichzeitiger Einbeziehung aller Variablen und einmal schrittweise berechnet, wobei Variablen in der Reihenfolge ihrer residualen Varianzerklärung einbezogen werden.

Literaturverzeichnis

- Aldrich, John H./Sullivan, John L./Borgida, Eugene, 1989: Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates „Waltz Before a Blind Audience?“ in: American Political Science Review 83, 123–141.
- Almond, Gabriel A., 1950: The American People and Foreign Policy, New York.

- Asher, Herbert B., 1988: Presidential Elections and American Politics, 4. Aufl. Chicago.
- Bishop, George F./Oldendick, Robert W./Tuchfarber, Alfred J./Bennet, Stephan W., 1980: Pseudo-Opinions on Public Affairs, in: *Public Opinion Quarterly* 44, 198-209.
- Butler, David/Stokes, Donald E., 1969: *Political Change in Britain: Forces Shaping Electoral Choice*, London.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York.
- Converse, Philip E., 1970: Attitudes and Non-Attitudes, in: Edward R. Tufte (Hrsg.), *The Quantitative Analysis of Social Problems*, Reading, Mass., 168-189.
- Crewe, Ivor (Hrsg.), 1985: *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility*, London.
- Frey, James H./Kunz, Gerhard/Lüschen, Günther, 1989: *Telefonumfragen in der Sozialforschung*, Wiesbaden.
- Graham, Thomas W., 1988: The Pattern and Importance of Public Knowledge in the Nuclear Age, in: *Journal of Conflict Resolution* 32, 319-334.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark, 1987a: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: *American Political Science Review* 81, 1099-1120.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark, 1987b: The Means and Ends of Foreign Policy as Determinants of Presidential Support, in: *American Journal of Political Science* 31, 236-258.
- Jordan, Lawrence A./Marcus, Alfred C./Reeder, Leo G., 1980: Response Styles in Telephone and Household Interviewing: A Field Experiment, in: *Public Opinion Quarterly* 44, 210-222.
- Klingemann, Hans-Dieter/Taylor, Charles L., 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 301-347.
- Lavrakas, P. J., 1987: *Telephone Survey Methods: Sampling, Selection, and Supervision*, Beverly Hills, Cal.
- Munton, Don, 1989: Up (or Down) on Arms: American and Canadian Public Attitudes in the Mid-1980s, erscheint in: Don Munton/Hans Rattinger (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*.
- Nie, Norman H./Verba, Sidney/Petrocik, John R., 1976: *The Changing American Voter*, Cambridge, Mass.
- Rattinger, Hans, 1980: Empirische Wahlforschung auf der Suche nach dem rationalen Wähler, in: *Zeitschrift für Politik* 27, 44-58.
- Rattinger, Hans, 1990: Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren, erscheint in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I., 1988: Foreign Policy and the Rational Public, in: *Journal of Conflict Resolution* 32, 211-247.
- U. S. Department of Commerce, Bureau of the Census, 1987: *Statistical Abstract of the United States 1988*, Washington, D. C.